

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Hermann Müller, Dresden.  
Zur Zeit: Nachrichten: 25 241  
Zur Zeit: Nachrichten: 20 011.

**Lebeck's** - **Oreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.**  
Firma gegr. 1838. • 19 mal prämiert.

Vertrieb und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 33/40.  
Telephon u. Verlag von **Lebeck & Reichardt** in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Jahrgang oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,- M., vierteljährlich 63,- M., | Anzeigen-Preise. Die April. 12 mm breite Zeile 5 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10 Pf. Anzeigen-Preise 20 Pf. Bezugsgebühren laut Tarif. Zusätzl. Beiträge geg. Vorauszahlung. — Einzelnummer 1 M. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung „Dresdner Nachr.“ zulässig. Inverlegene Schriftstücke werden nicht behandelt.

**Sportgeräte für Tennis**  
Krocket, Fußball, Hockey, Schlagball, Turnen usw.  
Nur bewährte erste Fabrikate.  
**B. A. Müller, Prager Str. 32.**  
Deutschlands größtes Spielwarenhäuser.

**Bergmanns Zahnpasta**  
**Rosodont**  
Ist wirklich gut  
Überall erhältlich

**Konditorei Limberg**  
Prager Straße 10  
Eis — Eisgetränke

## Ein Sieg des Militaristen Poincaré.

### Ablehnung der einjährigen Dienstzeit.

**Erneute unbearbeitete Anschuldbigungen gegen Deutschland.**  
Paris, 6. April. Die Kammer er setzte heute nachmittags die Debatte über die Militärreform fort. Es handelte sich um den Gesetzentwurf über die Rekrutierung, Abgeordneter Anterior verteidigte einen Gesetzentwurf, der die vorgeschriebene einjährige Dienstzeit für die Aktiven vorzieht. Nach Einbringung der Jahresklasse 1925 soll dann das Kriegsministerium, wenn es das für nötig hält, für die Jahresklasse 1926 und die folgende die Dienstzeit noch weiter herabsetzen. Kriegsminister Maginot erklärte, sich nur an den einen Punkt halten zu wollen, daß der Gesetzentwurf auf den Grundgedanken der einjährigen Dienstzeit abziele. Im Laufe der Debatte habe die Regierung nachgewiesen, daß sie diesem Grundgedanken unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht nachkommen könne.  
Der Abg. de Cassagnac erklärte, er habe den Wunsch gehabt, die Militärlisten Frankreichs soviel als möglich zu verkleinern. Aus diesem Grunde habe er sich in Deutschland an Ort und Stelle unterrichten wollen. Er sei zurückgekommen mit der Überzeugung, daß die 18 monatliche Dienstzeit eine Notwendigkeit sei und daß man unmöglich einen vermittelnden Gesetzentwurf annehmen könne. Die Zinnesart Deutschlands habe sich nicht geändert. Der italienische Abgeordnete Francini rief dagegen: Sie werden sich niemals ändern. Weisak. Abg. Cassagnac fährt fort: Die revolutionäre Bewegung in Deutschland könne nicht verschoben werden mit jener, die Frankreich während der Revolution bewies. In dieser falligen Republik gäbe es keine wirkliche Republikaner. Deutschland habe eine neue Republikanische Bewegung vorbereitet (?) und nach der Abreise der Kontrollkommission werde alles möglich werden.  
Der Abg. Le Provost de Launay, der Cassagnac auf seiner Reife durch Deutschland begleitete, bestätigte

dessen Erklärungen und verlas eine Anzahl Dokumente, die er aus Deutschland mitgebracht hat. Diese Dokumente sollen beweisen, daß Deutschland seine militärischen Vorbereitungen und seine Bewaffnung mit Geschwindigkeit fortsetzt trotz der Beobachtung durch die Kontrollkommission.  
Ministerpräsident Poincaré unterbricht: Ich habe tatsächlich erfahren, daß der Abgeordnete in Berlin sehr wichtige Auskünfte über die deutschen Rüstungen (?) erhalten hat. Ich habe jedoch guten Grund, anzunehmen, daß er keine offiziellen Dokumente in Händen hat. (!) Wie dem aber auch sei: Ich habe gelobt und werde es zu jedem heute wiederholen, daß alle Anforderungen der Kommission Respekt auf den Widerstand Deutschlands setzen werden. Aber die Mission der Kommission wird fortgesetzt und sie wird fortgesetzt werden, solange wir nicht die Sicherheit haben, daß die Entwaffnung Deutschlands endgültig ist.

Der Abg. Frossot setzt die Verlesung der Dokumente fort, die den schlechten Willen der deutschen Regierung bei der Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen des Vertrages beweisen sollen. Er spricht auch von der Schupo, die an Mannschaften teilnehmen soll, die von Reichswehroffizieren befehligt werden.  
Schließlich stimmte die Kammer mit 343 gegen 247 Stimmen dem Antrag, daß der Antrag von der Kammer weiter in Betracht gezogen werde. Die Kammer trat alsdann in die Beratung des Artikels I der Regierungsvorlage ein. Der Antrag des Abg. Osola, der vorschlägt, die Dienstzeit auf ein Jahr herabzusetzen, aber für die Jahresklasse 1921 die zweiwöchentliche Dienstzeit, für die Klassen 1922, 1923 und 1924 die 18 monatliche Dienstzeit beizubehalten, wurde nach einer Debatte, an der sich auch Ministerpräsident Poincaré beteiligte, mit 320 gegen 237 Stimmen abgelehnt. (B. T. N.)

## Ein neuer Fortschritt in der Klärung der Schuldfrage.

In Frankreich wird seit einiger Zeit ein neuer Pressefeldzug gegen Deutschland geführt, der den Zweck verfolgt, durch eine tendenziöse Beleuchtung der Epikode Rouvier-Delcassé im Jahre 1905 einen Beweis für den angeblichen hartnäckigen Kriegswillen der leitenden Berliner Kreise zu schaffen. Von deutscher Seite darf dieses Verfahren der Pariser Presse nicht auf die leichte Achsel genommen werden, sowohl wegen der allgemeinen grundsätzlichen Bedeutung der Schuldfrage, da sich ja auf das durch die Drohung der Zerstückung und Aufteilung Deutschlands erzwungene falsche deutsche Schuldbekenntnis das ganze Vertrags- und Erfassungssystem des Versailler Vertrages stützt, als auch mit Rücksicht auf den besonderen Umstand, daß die jetzigen Angriffe gerade unmittelbar vor der Konferenz von Genoa erfolgen. Sie erwecken daher den Verdacht, daß Frankreich sich auf der Konferenz auf diesen von ihm herausgeklügelten neuen Schuldbeweis stützen wolle, um seine Ablehnung jedweder auch nur vertraulichen Erörterung einer Abänderung des Versailler Vertrages im Sinne einer Erleichterung der Reparationslasten zu begründen. Im großen und ganzen läßt sich ja ohne Zweifel eine zunehmende Klärung der Schuldfrage zu deutschen Gunsten feststellen, so daß man wohl sagen darf, es seien auch im Lager der Entente nur noch verhältnismäßig eng begrenzte Kreise, die heute noch innerlich an die Legende glauben, daß Deutschland den Krieg bemerkt und planmäßig durch Jahrzehnte vorbereitet habe, um ihn dann in dem ihm geeignet erscheinenden Augenblick vom Saune zu brechen. Insofern hat sich die Wahrheit auch durch den Vagenberg, den die feindliche Kriegpropaganda aufgetrieben hatte, hindurchgehoben, wenn freilich auch ihre Kraft noch nicht festhaft genug gewesen ist, um irgendeinem der führenden Staatsmänner der Entente die Zunge zu lösen und ihm ein offenes Bekenntnis zu der Nichtschuld Deutschlands abzurufen. Die beiden jüngsten besonders bedeutsamen Enthüllungen waren die Untersuchungsergebnisse des bairischen Landtags in Sachen der gefälschten Eisener-Dokumente, aus deren richtiger Fassung klar und unüberleglich hervorgeht, daß ein gegen das deutsche Verhalten in den kritischen Julitagen 1914 gerichteter Hauptvorwurf, nämlich die angebliche Verleitung der von England vorgeschlagenen europäischen Konferenz, von Grund aus falsch ist. Der damalige Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg hat das englische Konferenzangebot mit der größten Loyalität und Dringlichkeit behandelt und es sofort nach Wien weitergeleitet mit einer nachdrücklichen Empfehlung der unverzüglichen Annahme. In Wien aber wurde die Erledigung dieser unangenehm wichtigen Angelegenheit absichtlich so lange verzögert, bis die russische Mobilisation die Lavine ins Rollen brachte. Die durch die bairische Unterfuchung bewirkte völlige Entlastung Deutschlands wurde in ihrer moralischen Wirkung verhärtet durch die gleichzeitige Veröffentlichung amtlicher Dokumente seitens des früheren Legationssekretärs v. Siebert bei der russischen Botschaft in London, aus denen hervorging, in welsch raffinierter und unerbittlich zielbewußter Weise Poincaré sowohl als Kabinettschef als als Präsident der Republik für den Krieg die Bahn frei gemacht hatte, vor allem durch den Ausbau des ursprünglich nur defensiv gedachten Zweibundes zu einem Angriffsbündnis gegen Deutschland zu Wasser und zu Lande. Der Eindruck der Siebert-Dokumente war auch im Ausland so bedeutend, daß die Centrale Unparteiische Kommission, die sich aus holländischen, schwedischen und norwegischen Universitätslehrern zusammensetzt und sich die völlig unparteiische Untersuchung der Kriegsschuldfrage zur Aufgabe gemacht hat, deswegen eine persönliche Anfrage an den Präsidenten Poincaré richtete, die dieser bescheidenweise unbeantwortet ließ. Im stillen aber rastete der unverföhnliche Deutschenfeind nicht, sondern holte zu einem neuen Schlage gegen Deutschland aus, getrieben von der Erkenntnis, daß die französische Gewaltpolitik vor aller Welt moralischen Bankrott machen muß, wenn der Mantel des erwechten deutschen Schuldbekenntnisses, der bisher die sittlichen Blüten des Pariser Siegesdespotismus verhüllen sollte, an allen Ecken und Enden zerlegt und durchlöchert wird. So verfiel Poincaré auf den Gedanken, die Rouvier-Delcassé-Epikode aus der Vergessenheit auszugraben und der Pariser Presse einen Wink zu geben, daß sie die Sache in einem bestimmten, für Deutschland ungünstigen Sinne behandeln solle. Die Pariser Presse gehorchte dem Wink auch prompt mit der ihr in nationalen Angelegenheiten eigenen tadellosen Disziplin und schweberte plötzlich übereinstimmend gegen die deutsche Politik die Anklage, daß sie 1905 den Sturz Delcassés und die im Anschluß daran zur Schau getragenen Bemühungen Rouviers, ein Einvernehmen mit Deutschland herbeizuführen, als Schwäche aufgefaßt und daher die von Rouvier entgegengesetzte Handlung zurückgewiesen habe, um Frankreich zu kräftieren,

## Ein englisch-amerikanisches Bündnis?

**Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.**  
London, 6. April. Nach dem „New York Herald“ hat England die Absicht, noch vor der Konferenz von Genoa ein Bündnis mit Amerika abzuschließen und zwar ein Handelsabkommen, um der Welt in Zukunft die Hände über dem Kopf zu halten. Aus diesem Grunde habe auch England die Note wegen der Zinneszahlung an die Alliierten geändert. Bei Zustandekommen dieses Bündnisses würden England und Amerika die Führung auf dem Weltmarkt in die Hand nehmen.

## Raub diplomatischer Aktenstücke.

Berlin, 6. April. Bei einem gestern früh verübten Eisenbahnraub im Paris-Marsfelder-Eisenbahnzug sollen den Räubern wichtige diplomatische Aktenstücke in die Hände gefallen sein, darunter ganze Archive des englischen Auswärtigen Amtes für die Delegation in Genoa. (B. T. N.)

## Amerikas Anteilforderung an den russischen Schulden.

Washington, 6. April. Amtlich wird bekanntgegeben, daß, wenn es den Alliierten gelingen sollte, auf der Konferenz von Genoa ein Abkommen über die Forderung der auswärtigen Schulden Russlands zu treffen, die amerikanische Regierung entschlossen sei, eine Beteiligung unter Wahrung ihrer vollen Gleichberechtigung mit den anderen Ententeschlechtern zu fordern. In Genoa könne, obwohl Amerika dort nicht offiziell vertreten sein wird, sein Abkommen zugunsten der Gläubiger Russlands getroffen werden, das den amerikanischen Interessen nicht entspricht.

## Die französische Delegation ohne Vollmacht.

Paris, 6. April. Der „Petit Parisien“ berichtet, soweit er unterrichtet sei, habe in der gestrigen Sitzung der französischen Delegierten und Sachverständigen für Genoa, die zwei Stunden dauerte, Poincaré die Grenzen bezeichnet, die zu überschreiten die französische Delegation kein Recht habe. Die Delegierten Frankreichs seien verpflichtet, jede Beratung zu meiden, die sich nicht auf Gegenstände beziehe, die auf der Tagesordnung der Konferenz ständen. Die Beschlüsse der Delegation seien gemäß den Beschlüssen des Ministerrates bestimmt worden. Die französischen Delegierten hätten in keiner Weise den Charakter von Bevollmächtigten. Der „Petit Parisien“ fügt hinzu: Diese letzte Frage könne zu Schwierigkeiten führen. Die französische Delegation werde jedenfalls in Genoa die einzige sein, die nicht mit Vollmacht versehen sei. (B. T. N.)

## Deutschland und die Randstaaten.

**Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.**  
Berlin, 6. April. Wie wir von zutändiger Seite erfahren, hat zwischen den auf der Durchreise nach Genoa in Berlin weilenden Vertretern der Randstaaten und der deutschen Regierung heute eine Besprechung stattgefunden, die den Plan verfolgte, eine Verständigung herbeizuführen, die ein gemeinsames Handeln Deutschlands und der Randstaaten in allen Wirtschaftsfragen in Genoa möglich macht.

## Berzögerung in der Absendung der deutschen Antwortnote.

Berlin, 6. April. Der „B. Z. am Mittag“ zufolge scheint die Absendung der deutschen Antwortnote an die Reparationskommission, die noch vor der Abreise der deutschen Delegation nach Genoa erfolgen sollte, eine Verzögerung zu erleiden, so daß mit ihrer Veröffentlichung vor der Konferenz nicht zu rechnen ist. (B. T. N.)

## Die Besprechungen mit Bemelan.

Berlin, 6. April. Die Abreise des Reichskanzlers hat sich in der Hauptsache deswegen verzögert, weil ein französisches Ersuchen und die Forderung Bemelans, die Sachlieferungsabkommen noch vor der Konferenz von Genoa zu ratifizieren, die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers in Berlin notwendig machen. Heute haben die ersten Besprechungen mit Bemelan stattgefunden. Man ist in der Regierung sich dahin schlüssig geworden, den Abänderungsvorschlägen von Gewerkschaften und Industriellen soweit als möglich nachzukommen. Die Ratifizierung der Sachlieferungsabkommen wird, wie wir zuverlässig hören, noch in dieser Woche erfolgen.

## Ein polnischer Vergleichsvorschlag über die Liquidation in Oberschlesien?

Berlin, 6. April. Der Vorsitzende der deutschen Delegation für die polnisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen, Reichsminister a. D. Schiffer, und dessen Stellvertreter, Staatssekretär a. D. Lewald, sind heute mittags von Berlin nach Genf abgereist, um der Einladung des Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz, Calonder, zu der Besprechung Folge zu leisten, die am Sonnabend in der kritischen Frage der Liquidation des deutschen Besitzes im polnischen Oberschlesien stattfinden soll.

Wie die „Post, Ztg.“ hieran noch berichtet, dürften die Polen in der oberschlesischen Liquidationsfrage einen Ausgleichsvorschlag machen, der Aussicht habe, von Deutschland angenommen zu werden. Danach sollen die in dem an Polen fallenden Teil Oberschlesiens gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie, ihre Betriebsstätten, ihre Aktien und sonstigen Anteile auch für 15 Jahre von jeglicher Liquidation in irgend einer Form befreit sein. Darüber, ob nach Ablauf der Frist von 15 Jahren diese Werke liquidiert werden dürfen, entscheide drei Jahre nach Übernahme dieses Gebietes an Polen ein Schiedsgericht, wenn nicht Polen bis dahin mit den in diesem Gebiet gelegenen Unternehmungen der deutschen Großindustrie Übereinkommen getroffen habe, durch die die Polen eine ausreichende Beteiligung an diesen Unternehmungen und einen hinreichenden Einfluß auf sie erreichen. Außerdem würden von jeder Liquidation auch nach 15 Jahren diejenigen Unternehmungen der deutschen Großindustrie befreit sein, in denen innerhalb drei Jahre nach Übernahme dieses Gebietes an Polen ein vertraglich festzustellendes Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen oder ... entsteht werde, dessen Beteiligung an der in Frage stehenden Unternehmungen der polnische Staat genehmigt.